Kommunale Kassen stärken, Daseinsvorsorge sichern

Die Finanzlage vieler Städte, Gemeinden und Landkreise ist alarmierend. Für 2010 erwartet der Deutsche Städtetag deutschlandweit ein Rekorddefizit in Höhe von 15 Milliarden Euro. Gerade in Sachsen-Anhalt geraten viele Kommunen in eine dramatische Haushaltssituation. Dies wird bei einem Blick auf die Ergebnisse der Kassenstatistik für das 1. Quartal 2010 und den am 31. August 2010 durch die Landesregierung vorgelegten Kommunalfinanzbericht deutlich.

Fakten zur kommunalen Finanzsituation in Sachsen-Anhalt:

- Obwohl bereits 2009 in Folge der Konjunktur- und Wirtschaftskrise kommunale Einnahmeverluste von mehr als 63 Millionen Euro zu verkraften waren, kürzten CDU und SPD mit dem seit 1. Januar 2010 gültigen Finanzausgleichsgesetz (FAG) die jährlichen Landeszuweisungen für die Kommunen um weit mehr als 100 Millionen Euro, das sind immerhin 6 Prozent der bisherigen Finanzausgleichsmasse.



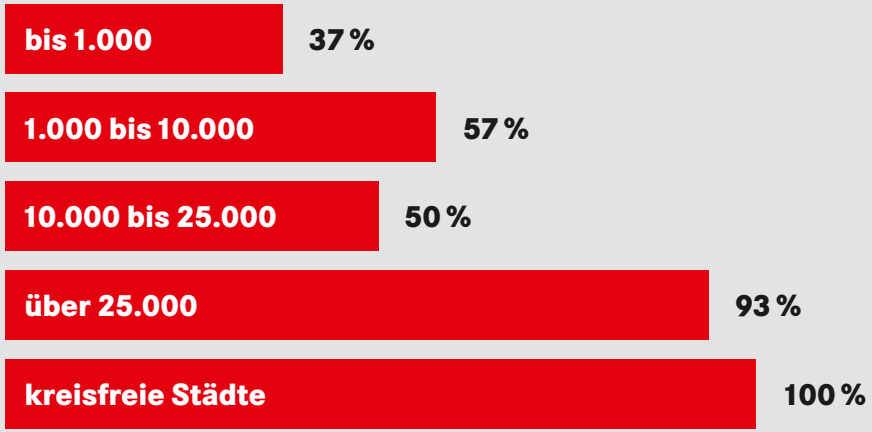
- Bis zum 31. März 2010 haben die Kommunen in Sachsen-Anhalt insgesamt rund 188 Millionen Euro mehr ausgegeben, als sie einnehmen konnten. Höhere Ausgaben als Einnahmen hatten die kreisfreien Städte in Höhe von rund 59,5 Millionen Euro, die Landkreise in Höhe von rund 17,5 Millionen Euro und die kreisangehörigen Gemeinden in Höhe von rund 111 Millionen Euro.



- Zugleich gibt es einen deutlichen Anstieg der Kassenkredite. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Aufnahme von Krediten zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit um rund 159 Millionen Euro (17,8 Prozent) auf rund 1,052 Milliarden Euro. Davon entfallen auf die kreisfreien Städte rund 422 Millionen Euro, auf die Landkreise rund 348 Millionen Euro und auf die kreisangehörigen Gemeinden rund 282 Millionen Euro.

- Unter diesen Bedingungen ist ein ausgeglichener Haushalt immer seltener realisierbar, wie das Ergebnis einer Umfrage des Städte- und Gemeindebundes unter 223 Städten- und Gemeinden ergab. (Grafik)

2010 kein Haushaltsausgleich möglich



Quelle: Kommunalfinanzbericht 2010, Ministerium des Inneren des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2010.

Zukunftsfähige und zwischen den kommunalen Gruppen ausgewogene Regelungen zur Kreisumlage und die langfristige Gewährleistung notwendiger kommunaler Investitionen lassen gegenwärtig auf sich warten. Das Finanzausgleichsgesetz Sachsen-Anhalts bedarf hier einer schnellen und nachhaltigen Korrektur.

Angesichts dieser katastrophalen Finanzlage können die Kommunen weitere Einnahmeausfälle nicht verkraften. Meldungen über geschlossene Schwimmbäder und Kultureinrichtungen, Gebührenerhöhungen oder verkaufte Schlaglöcher bilden nur die Spitze des Eisbergs. Im Kern geht es um den Bestand der grundgesetzlich garantierten kommunalen Selbstverwaltung. Mit Recht wies die 23. Landkreisversammlung in ihrer Resolution vom 7. September 2010 darauf hin, dass kommunale Selbstverwaltung vom aktiven Wirken ihrer Bürger und deren Bereitschaft lebt, selbst mitgestalten zu wollen. Doch die Bürger machen zunehmend die Erfahrung, dass die von ihnen gewählten Kommunalvertretungen nichts mehr entscheiden können, da es keine Handlungsspielräume mehr gibt. Auch das so genannte kommunale Tafelsilber musste bereits veräußert werden. Die Unterfinanzierung der Kommunen gefährdet das demokratische Gemeinwesen und verstärkt die Abkehr der Bürger von der Mitwirkung an kommunalen Entscheidungsprozessen.

Die Ursachen für die finanzielle Misere der Kommunen liegen aber nicht allein in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise und den Fehlern der amtierenden CDU/SPD-Landesregierung in Sachsen-Anhalt.



Beides spitzt zwar die Finanzlage der Kommunen aktuell zu, folgenreicher aber sind die Steuerrechtsänderungen und die damit verbundene Steuersenkungspolitik auf Bundesebene seit mehr als 10 Jahren. Dazu kommt die Praxis des Bundes und der Länder, den Kommunen ständig neue Aufgaben zuzuweisen, ohne für deren Finanzierung Sorge zu tragen.

DIE LINKE fordert:

- eine grundsätzlich andere Steuerpolitik des Bundes, eine wirksame Besteuerung der Vermögen und höhere Steuereinnahmen für alle öffentlichen Kassen – auch und zu aller erst für die der Kommunen;
- eine gerechte Finanzausstattung für die Kommunen, keine neuen Aufgabenübertragungen ohne angemessene finanzielle Ausstattung, Aussetzung der Absenkung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft;
- die Reform der Gewerbesteuer hin zu einer weniger konjunkturanfälligen Gemeindewirtschaftssteuer, Einbeziehung aller unternehmerischen Tätigkeiten, Verbreiterung der Bemessungsgrundlage;
- Stabilität, Planungssicherheit und deutlich höhere Einnahmen für die Städte, Gemeinden und Landkreise in Sachsen-Anhalt, um vor dem Hintergrund des demographischen Wandels die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu gewährleisten und die öffentliche Daseinsvorsorge vor Ort zu sichern;



- bis Ende November 2010 die Vorlage eines Nachtragshaushaltsentwurfes für das Jahr 2011 durch die Landesregierung, der die Absenkung der Finanzausgleichsmasse im Finanzausgleichsgesetz (FAG) im Vergleich zu den Sollansätzen im Haushaltsjahr 2009 zurücknimmt und den Kommunen diese Summe zusätzlich und bedarfsgerecht als allgemeine Zuweisungen zur Verfügung stellt.

DIE LINKE.

DIE LINKE. Fraktion im
Landtag von Sachsen-Anhalt,
Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg
Telefon: 0391-560 5003
Fax: 0391-560 5008
fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de
www.dielinke-fraktion-lsa.de
V.i.S.d.P.: Gerald Grünert (MdL)

KOMMUNEN IN NOT!

GENUG GEKÜRZT!

DIE LINKE.
Fraktion im
Landtag von Sachsen-Anhalt

Wir Sachsen-Anhalter Kommunalpolitikerinnen und -politiker fordern eine gerechte Finanzausstattung unserer Städte und Gemeinden.
www.dielinke-fraktion-lsa.de